ISSN 2363-2607

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss

Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft

Juli 2016 | DE

LEITARTIKEL

We shall overcome

Zuallererst möchte ich den Millionen Briten, die wollten, dass ihr Land Mitglied der Europäischen Union bleibt, mein tiefes Mitgefühl ausdrücken. Meine Gedanken sind bei ihnen. Ich kann die große Enttäuschung, die sie verspüren, nur allzu gut nachvollziehen. Ich empfinde es als überaus bitter, dass unsere Beziehungen zum Vereinigten Königreich künftig in die Zuständigkeit der Fachgruppe „Außenbeziehungen" fallen sollen und unsere britischen Kolleginnen und Kollegen irgendwann nicht mehr unter uns sein werden.

Ich denke natürlich auch an meine Freunde in den Gewerkschaften, die sich gezielt in der Kampagne gegen den Brexit engagiert haben, wobei ich sicher bin, dass es dieses Engagement auch von weiten Teilen der organisierten Zivilgesellschaft gegeben hat. Eben weil sie organisiert ist – in dem Sinne, dass sie sich nicht von fadenscheinigen Argumenten, wenn nicht gar von schamlosen Lügen, täuschen ließ, und weil ihr Werte wie überlegtes Handeln, Organisation, Solidarität und Gemeinschaft wichtig sind.

Und das ist absolut richtig: Die Zukunft Europas liegt im Frieden, in der Gerechtigkeit, in der Solidarität und in der Brüderlichkeit. Für alle. Für den gesamten Kontinent und für alle seine Inseln, und in weiterer Folge hoffentlich auch für die ganze Welt. Früher oder später werden wir notwendigerweise wieder alle vereint sein, und die Union wird weiter wachsen.

Ich bin zutiefst empört über die Unredlichkeit, mit der die Populisten unterschiedlichster Couleur Lügen primitivster Art verbreitet haben, um die Bürgerinnen und Bürger mit dem geringsten Bildungsstand aufzustacheln. Dabei schreckten sie nicht einmal davor zurück, ihnen soziale Maßnahmen zu versprechen, die ein EU-Austritt angeblich ermöglichen würde, und das im Wissen, dass dies vollkommen unrealistische Versprechungen sind, die sie nie einhalten werden können. Ich bin sehr traurig darüber, dass es gerade die soziale Not ist, die benutzt wird, um in der Bevölkerung das genaue Gegenteil von sozialem Handeln, nämlich Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung von Solidarität, zu wecken. Das muss ein Ende haben. Dabei ist mir durchaus bewusst, dass das, was ich hier beschreibe, in allen unseren Ländern passiert, nicht nur im Vereinigten Königreich.

Ich hoffe, dass sich das Sprichwort aus dem antiken Griechenland, sei es auch noch so grausam, für uns tatsächlich erfüllt. Οὐδὲν κακὸν ἀμιγὲς καλοῦ – Es gibt nichts Schlechtes, in dem nicht auch ein Körnchen Gutes steckt. Das ist unsere wichtigste Hoffnung, und diese Hoffnung brauchen wir. Vielleicht muss Europa durch diese schwere Krise gehen, um endlich zu jener Ausrichtung zu gelangen, die ich schon seit Jahren fordere: ein klares soziales Handeln. Sich zuallererst um die Bürgerinnen und Bürger zu kümmern und ihnen dies auch zu zeigen. Und zwar ganz deutlich, nicht nur zaghaft. Es bleibt nur zu hoffen, dass Europa nicht erst einer weiteren Krise dieser Art bedarf, um sich dazu zu entschließen, und dass die negativen Folgen so gering wie möglich ausfallen und so kurz wie möglich zu spüren sein werden.

Ich habe immer wieder betont, dass Europa ein großherziges, kluges und würdiges Projekt ist. Ich habe immer wieder betont, dass der Mut jener gewürdigt werden muss, die dieses Projekt unmittelbar nach einem grausamen Krieg angestoßen haben, einem Krieg mit monströsen Verbrechen, die geschahen aus Egoismus, Rassismus, Hass, Grausamkeit und Extremismus. Die Gründerväter waren weitsichtig genug, um das Projekt mit den Bereichen Kohle und Stahl bzw. mit dem wirtschaftlichen Aspekt zu beginnen und gleichzeitig etwas Umfassenderes zu planen indem sie ein Verfahren für die soziale Konsultation angelegt haben, das als Vorlaeufer unseres Ausschusses gesehen werden kann. Ich bin überzeugt davon, dass wir nun unbedingt wieder zu den in den Gründungsverträgen verankerten Grundprinzipien des Projekts Europa zurückfinden müssen, und dies ist ganz und gar keine nostalgische oder rückwärtsgewandte Vision: Es sind dies zukunftsweisende Grundprinzipien, und nur durch sie werden wir unsere Schwierigkeiten überwinden können. Das einzige, was ich heute ändern würde, sind die Prioritäten. Um den Populismus zu bekämpfen und der Frustration der sozial schwächsten Bevölkerungsschichten in unseren Ländern entgegenzuwirken, muss dem Sozialen oberste Priorität eingeräumt werden. Ich darf Sie beruhigen: Dies bedeutet natürlich keineswegs, dass man die Wirtschaft Schiffbruch erleiden lassen sollte, und auch unser Ausschuss sollte weiterhin ebenso wirtschaftlich wie sozial ausgerichtet sein.

Ich habe ohne Umschweife gesagt, dass dieses Referendum ein Fehler und die Art und Weise, wie es abgehalten wurde, nicht zweckdienlich war, und vor allem, dass es unausweichlich zu einer weiteren Vertiefung einer bedrohlichen gesellschaftlichen Kluft in einem der Mitgliedstaaten führen würde. Übrigens habe ich dies auf Englisch gesagt, in einer Publikation einer britischen Organisation, die hier bei uns im EWSA vertreten ist. Es wäre hundertmal loyaler – und wahrscheinlich auch klüger – gewesen, wenn sich die politischen Entscheidungsträger im Vereinigten Königreich, anstatt auf diese Karte zu setzen und gleichzeitig jedwede Weiterentwicklung in der EU zu blockieren und Ausnahmeregelungen aller Art für sich herauszuschlagen, selbst dafür eingesetzt hätten, die EU solidarischer und sozialer zu gestalten.

Nun liegt es an den britischen Entscheidungsträgern, den Willen des Volkes umzusetzen. Und sie müssen dies rasch tun, sonst sind nicht nur sie, sondern auch alle anderen gezwungen, mit einer gefährlichen Unsicherheit zu leben. Damit würden sie auch jenen Aasgeiern in die Hände spielen, die dann in allen Mitgliedstaaten die fehlende Umsetzung der Ergebnisse des Referendums beklagen und die Schuld auf eine stillschweigende Abmachung zwischen der „politischen Klasse" in den Mitgliedstaaten und der „Eurokraten-Elite" schieben würden, ganz egal, was das Europäische Parlament, die Kommission und der Rat auch gesagt haben mögen.

Auf jeden Fall muss eines klar sein: „Nie wieder" – und dies gilt sowohl für die Zeit bis zur Umsetzung des Wählerwillens als auch für die Zeit, in der Großbritannien in der EU fehlen wird oder wenn es in die EU zurückkehren wird: Nie wieder darf es dazu kommen, dass ein Mitgliedstaat – welcher auch immer – die anderen laufend erpresst und so die Fortschritte der EU in Richtung soziale und regionale Solidarität oder wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sabotiert.

We shall overcome.

Georges Dassis
Präsident des EWSA
Brüssel, den 1. Juli 2016

EWSA-Bericht zur Flüchtlingssituation in der Türkei: Kein Ende der irregulären Einwanderung

Im Rahmen seiner Informationsreisen zur Situation der Migranten und Flüchtlinge (siehe April-Ausgabe von *EWSA info*) besuchte eine Delegation des EWSA, der Manthos Mavrommatis (Gruppe Arbeitgeber), Jose Antonio Moreno Díaz (Gruppe Arbeitnehmer) und Panagiotis Gkofas (Gruppe Verschiedene Interessen) angehörten, vom 9. bis 11. März 2016 die Türkei, um dort Vertreter von im Bereich der Migration tätigen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft zu treffen. Der Bericht des EWSA über diese Reise enthält 13 praktische Empfehlungen zur Bewältigung der aktuellen Situation. Dem Bericht zufolge wird die irreguläre Einwanderung so lange nicht aufhören, wie der Krieg in Syrien andauert. Die Sicherstellung der Rechte von Schutzsuchenden in der Türkei und anderswo ist eine zentrale Frage, die eines auf Rechtsgrundsaetzen basierenden Ansatzes der EU beim Abschluss von Übereinkünften mit der Türkei und allen sonstigen betroffenen Ländern bedarf. Der Bericht enthält zudem folgende Schlussfolgerungen:

- **Status der Türkei als sicheres Drittland:** Mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft äußerten Zweifel daran, ob die Türkei als sicheres Drittland aufgefasst werden kann, da zahlreiche Personen, die internationalen Schutz benötigen, trotz Gefahr für Leib und Leben in ihr Herkunftsland abgeschoben wurden.
- **Nur wenige Integrationsmöglichkeiten:** Die geografische Beschränkung der Genfer Konvention bedeutet, dass Syrer lediglich vorübergehenden Schutz und andere Staatsangehörige nur subsidiären Schutz aus humanitären Gründen erhalten können. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung bleiben problematisch.
- **Begrenzte soziale Rechte für Flüchtlinge:** Flüchtlinge können keine Arbeitserlaubnis beantragen, sondern sind dabei auf die Arbeitgeber angewiesen. Für diese gibt es keinen Anreiz, sie zu beschäftigen, denn das türkische Recht zwingt sie dazu, für jeden eingestellten Ausländer auch eine bestimmte Anzahl von Türken einzustellen. Nicht-Syrer müssen in Flüchtlingscamps leben, was ihre Freizügigkeit und Beschäftigungsmöglichkeiten einschränkt. Die meisten Flüchtlingskinder, die außerhalb der Camps wohnen, gehen nicht in die Schule, sondern arbeiten.
- **Gegen Schleuser wird nur eingeschränkt vorgegangen:** Wenngleich die Zahl von Beamten, Fahrzeugen und verfügbaren Ausrüstungen zur Bekämpfung des Menschenschmuggels aufgestockt wurde, ist die Verurteilungsquote sehr niedrig.

Der vollständige Bericht kann hier abgerufen werden: http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.refugee-crisis-mission-reports. (mm)

EU-Grenzwache: Recht auf Intervention und Vorrang für den Schutz der Grundrechte

Das EU-Außengrenzmanagement ist kein bloßes Ziel mehr, sondern eine notwendige Sofortmaßnahme, so der EWSA in einer Stellungnahme (Berichterstatter: Giuseppe Iuliano, Mitberichterstatter: Cristian Pîrvulescu), die auf der Plenartagung im Mai verabschiedet wurde. Dies darf aber nicht zulasten der grundlegenden Menschenrechte gehen, insbesondere dem Recht auf Asyl und dem Recht auf Freizügigkeit für Unionsbürger.

Eine neue Art der Grenzverwaltung muss geschaffen und mit der Umgestaltung von

© FRONTEX 2016

Frontex zu einer „Europäischen Grenzwache", die den Charakter einer Zivilpolizei hat, Hand in Hand gehen. Diese Agentur sollte das Recht haben, auf Beschluss der Kommission in Notfällen einzugreifen. Nach Auffassung des EWSA sollten derartige Interventionen auf genau definierte Notfälle beschränkt werden und mit der Pflicht verbunden sein, dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU Bericht zu erstatten und sie zu unterrichten.

>>> Seite 2

EWSA: Umfassende Bewertung der Auswirkungen neuer Beschäftigungsverhältnisse erforderlich

Neue Formen von Arbeitsverträgen und Beschäftigungsverhältnissen – einschließlich Null-Stunden-Verträge, Minijobs und Arbeit über Online-Vermittler – sind seit der Finanzkrise immer häufiger anzutreffen. Innovation und Kreativität müssen zwar angeregt werden, aber die neuen Formen von Beschäftigungsverhältnissen haben für viele Arbeitnehmer auch mehr Unsicherheit mit sich gebracht. Dies hat zu einem ungleichen Arbeitsmarkt geführt, heißt es in der Stellungnahme des EWSA, die auf der Plenartagung im Mai verabschiedet wurde (Berichterstattern: Kathleen Walker Shaw).

Nach Auffassung des EWSA müssen die tatsächlichen Auswirkungen dieser neuen Beschäftigungsverhältnisse auf die Arbeitsnormen, die Sozialsysteme und das existenzsichernde Arbeitseinkommen angemessen bewertet und angegangen werden. Zudem müssen die Sozialmodelle so angepasst werden, dass sie atypische Beschäftigungsverhältnisse abdecken. Dies sollte bei der Entwicklung der Säule sozialer Rechte der EU berücksichtigt werden.

Ein besseres Verständnis des sich vollziehenden Wandels im Bereich der Arbeit und der Beschäftigungsverhältnisse dürfte zu einer wirksameren EU-Beschäftigungspolitik führen. Der EWSA ist beispielsweise der Ansicht, dass die lebenslange Fort- und Weiterbildung, die Neu- und Weiterqualifizierung zu einer Priorität gemacht werden sollten, um sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmer mit den Fertigkeiten ausgerüstet sind, mit denen sie in der globalisierten und hochtechnisierten Arbeitswelt einen Arbeitsplatz finden können.

Weitere Untersuchungen sind ebenfalls erforderlich, um besonders schutzbedürftige Gruppen zu ermitteln. Auch Fragen in Bezug auf die Haftung bei Unfällen, Schäden und Störungen der Dienste im Zusammenhang mit Online-Plattformen, Crowdsourcing und anderen neuen Formen von Selbstständigkeit sollten geklärt werden.

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner ist entscheidend, wenn die Europäische Kommission geeignete Bestimmungen zum Schutz sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber vorlegen will. (cad)

www.eesc.europa.eu

Fortsetzung von Seite 1
EU-Grenzwache: Recht auf Intervention und Vorrang für den Schutz der Grundrechte

Der EWSA unterstützt jedoch nicht den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung systematischer Kontrollen von Unionsbürgern an den EU-Außengrenzen, weil dies dramatische Auswirkungen auf das Grundrecht auf Freizügigkeit hätte.

Der EWSA ist besonders besorgt über das Schicksal von Tausenden sich selbst überlassener, unbegleiteter Minderjähriger. Er fordert die Kommission auf, umgehend Schutzmaßnahmen zu ergreifen und ersucht die derzeit zuständigen Grenzbehörden, ihrer Unterstützungspflicht nachzukommen. (cad)

TAGE DER ZIVILGESELLSCHAFT 2016: Dialog und Solidarität auf EU-Ebene sind die Grundvoraussetzung für Wohlstand und Frieden in Europa

Am 31. Mai und 1. Juni kamen Vertreter europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft zu den vom EWSA veranstalteten ***Tagen der Zivilgesellschaft* 2016** in Brüssel zusammen. Hauptschwerpunkt der Debatten war das Thema Migration und die damit verbundenen Herausforderungen/Veränderungen für die europäische Gesellschaft.

„Das Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure kann den Lauf der Geschichte verändern. Die zentrale Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft in der jüngsten Migrationskrise zeigt, was mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger möglich ist“, erklärte **George Dassis**.

Gesine Schwan teilt diese Ansicht: *„Die Menschen und Bürger in Europa sind viel offener und unvoreingenommener als die europäischen Regierungen uns glauben machen wollen. Um Rückschritte unter dem Druck rechter Kräfte zu vermeiden und die Aushöhlung der Solidarität in Europa aufzuhalten, benötigen wir einen aktiven sozialen Dialog und eine demokratische Bewegung, an der sich sowohl die lokalen Gebietskörperschaften als auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen beteiligen.“*

Die Teilnehmer diskutierten über verschiedene Aspekte der Migration: Jugend und Bildung, soziale Eingliederung, Bekämpfung der Ursachen von Migration, freie Meinungsäußerung, gesellschaftliches Zusammenleben versus Parallelgesellschaften und Freizügigkeit in der EU. *(sma)*

PREIS DER ZIVILGESELLSCHAFT 2016

EWSA verleiht Preis für herausragende Initiativen im Migrationsbereich

Mit dem Preis der Zivilgesellschaft des EWSA 2016 werden Initiativen ausgezeichnet, die von Organisationen der Zivilgesellschaft und/oder Einzelpersonen zur Verbesserung des Lebens von Migranten und zur Förderung ihrer Integration in die Gesellschaft ergriffen werden und auf diese Weise die europäischen Werte und den Zusammenhalt fördern.

Konkret werden mit dem Preis Initiativen ausgezeichnet, die bereits umgesetzt sind oder noch laufen und die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen:

- Erstversorgung und Soforthilfe für Migranten und Flüchtlinge leisten;
- für soziale Unterstützung, Unterbringung und Gesundheitsdienste sorgen;
- praktische Hilfe und Beratung bieten;
- sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung engagieren;
- gegen Ausbeutung vorgehen und die gegenseitige Achtung fördern;
- für die Rechte und Pflichten sensibilisieren;
- Schulungen von Drittstaatsangehörigen in den Aufnahmegemeinschaften anbieten.

Die vollständige Liste der Voraussetzungen für die Teilnahme und das Bewerbungsformular sind auf der EWSA-Website abrufbar (2016 EESC Civil Society Prize – Migrants). Bewerbungen sind direkt an den EWSA zu richten.

Der **mit insgesamt 50 000 Euro dotierte Preis** kann Organisationen der Zivilgesellschaft verliehen werden, die in der EU amtlich registriert sind und auf europäischer, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene tätig sind. Auch Einzelpersonen sind teilnahmeberechtigt. Die **Verleihung** findet **am 15. Dezember 2016** statt.

Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen endet am 9. September 2016.

IN KÜRZE IM EWSA

© Yaro M. Kupčo

Yaro M. Kupčo: Slowakische Impressionen
13.7. - 16.9.2016, JDE-Gebäude, Foyer 6

Zum Auftakt des slowakischen EU-Ratsvorsitzes findet während der Plenartagung im Juli im EWSA die Vernissage einer Fotoausstellung des slowakischen Künstlers und Fotografen **Yaro M. Kupčo** statt. Kupčo benutzt ausschließlich traditionelle Fotoapparate, um Stillleben und Panoramen einzufangen, die anschließend sepiabraun getönt und in ihrer Wirkung mit reinem Gold verstärkt werden.

Die Ausstellung wird in Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertretung der Slowakei bei der EU und dem Verein „Slovaks in Luxemburg“ veranstaltet. Sie wird am Montag, dem 13. Juli 2016, um 19 Uhr von **Ivan Korčok**, Staatssekretär für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakei, eröffnet. **Róbert Ragan Junior** und **Martin Uherek** sorgen für die musikalische Begleitung. (jp)

Der EWSA: eine maßgebende Stimme bei der Ausgestaltung der künftigen EU-Städtepolitik

Die für Städtefragen zuständigen EU-Minister haben auf ihrer Tagung am 30. Mai 2016 in Amsterdam die neue EU-Städteagenda angenommen. Der EWSA war durch Joost van Iersel, dem Vorsitzenden der Fachgruppe ECO des EWSA, und Roman Haken, dem Berichterstatter für die Stellungnahme zum Thema *Die Zukunft der EU-Städteagenda aus Sicht der Zivilgesellschaft*, gut vertreten. Ihre Teilnahme war einmal mehr Beweis für die zentrale Rolle, die der EWSA bei der Gestaltung der EU-Städteagenda spielt.

© shutterstock-Khakimullin Aleksandr

Mit der EU-Städteagenda soll im Interesse der Stärkung der städtischen Dimension der EU-Politik eine neue Form der Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen zwischen den Mitgliedstaaten, Regionen, Vertretern städtischer Behörden, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, den beratenden Einrichtungen der EU (EWSA und AdR), der EIB und anderen wichtigen Akteuren eingeleitet werden. Die Agenda soll Innovation und Wachstum fördern und wird sich unmittelbar auf das Leben von 80 % der EU-Bürger auswirken - dem Bevölkerungsanteil, der Prognosen zufolge 2050 in Städten leben wird.

Der EWSA hat sich mit Erfolg für die Anerkennung der Städte als wichtige Partner in der europäischen Integration, die Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Organisationen als gleichwertige Akteure bei der Umsetzung der neuen Städteagenda und für öffentlich-private Partnerschaften als Modelle für die Finanzierung städtischer Projekte starkgemacht. (cad)

Die kollaborative Wirtschaft verspricht viel Gutes, muss jedoch geregelt werden, um das Vertrauen der Verbraucher zu sichern

Das weltweite Handelsvolumen in der Sharing Economy wird auf rund 17,8 Mrd. EUR geschätzt, und Prognosen lassen auf ein rasantes jährliches Wachstum bis 2025 schließen. Auf Ersuchen des niederländischen Ratsvorsitzes verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zum Thema „Sharing Economy und Selbstregulierung“, in der er die EU auffordert, *„dringend einen klaren und transparenten Rechtsrahmen für die Entwicklung und Durchführung dieser Tätigkeiten im Binnenmarkt [festzulegen]“*.

Neue Geschäftsmodelle wie die kollaborative Wirtschaft werfen regulatorische Fragen auf, die gelöst werden müssen, um die sozialen Vorteile zum Tragen zu bringen. So müssen diese insbesondere den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten und der EU entsprechen. Zu den Schlüsselaspekten zählen der Schutz der Rechte der Arbeitnehmer, Besteuerung, Datenschutz und Schutz der Privatsphäre, die Sozialrechte, ein fairer Wettbewerb sowie die Bekämpfung von Monopolen und wettbewerbswidrigen Praktiken. Die Bandbreite der Transaktionen über Plattformen, die zur Erleichterung der kollaborativen Wirtschaft eingerichtet wurden, muss eingehend geprüft werden.

Eine weitere Forderung des EWSA lautet, dass die Rechte aller beteiligten Partner in der kollaborativen Wirtschaft– einschließlich der Prosumenten – gewährleistet werden müssen. Der EWSA fordert die Europäische Kommission außerdem auf, unverzüglich die bereits seit langem überfällige ***Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft*** vorzulegen. (sg)

Der Präsident des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates auf der EWSA-Plenartagung

Am 26. Mai hat der Präsident des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates, Patrick Bernasconi, im EWSA eine Rede mit dem Titel *„Die Erwartungen der europäischen Zivilgesellschaft an die Wirtschafts- und Sozialräte“* gehalten und sich an der Debatte der EWSA-Mitglieder über diese grundlegende Frage für die europäischen Bürger sowie für ihre Repräsentanten auf allen Ebenen beteiligt.

Georges Dassis, EWSA-Präsident und Patrick Bernasconi, Präsident des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates

„Vor dem Hintergrund der Krise in Europa, die durch ein starkes Misstrauen der Bürger gegenüber der politischen Klasse gekennzeichnet ist, kommt den Wirtschafts-, Sozial- und Umwelträten eine entscheidende Rolle im Zentrum des Dialogs mit den Bürgern und der demokratischen Debatte zu, sei es auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene“, erklärte Georges Dassis auf der Plenartagung.

„Es ist von zentraler Bedeutung, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Versammlungen zu stärken, da die Themen aus dem alltäglichen Leben der Bürger, mit denen wir uns im sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereich befassen, einen systematischen Widerhall auf europäischer und sogar auf internationaler Ebene finden“, betonte Patrick Bernasconi erneut. (cad)

EWSA und WSUR bauen Zusammenarbeit aus

Am 15. Juni 2016 empfing der EWSA eine Delegation des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats (WSUR) zu einem Informationsaustausch über die Themen Verkehr und Energie, auswärtige Angelegenheiten und Horizont 2020.

Diese Initiative reiht sich ein in die vom Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Georges Dassis, sowie vom Präsidenten des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats, Patrick Bernasconi, gewünschte Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Institutionen.

Unterstützt durch das Referat „Interinstitutionelle Beziehungen und Beziehungen zu den nationalen WSR (REL)“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, führten Pierre-Jean Coulon, Vorsitzender der Fachgruppe TEN, José María Zufiaur Narvaiza und Jonathan Peel, stellvertretende Vorsitzende der Fachgruppe REX, sowie Etele Baráth, Vorsitzender des Lenkungsausschusses Europa 2020, einen längeren Austausch mit den Mitgliedern der französischen Delegation unter der Leitung von Jean-Marie Cambacérès, Leiter der Abteilung für europäische und internationale Angelegenheiten des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats. (cc)

Schlüsselrolle für Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft in der Zeit nach Cotonou

Georges Dassis, EWSA-Präsident mit Joseph Chilengi, Präsident des Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrates der Afrikanischen Union ECOSOCC, und Kommissionsmitglied Neven Mimica

Eine neue Partnerschaft zwischen EU und AKP-Staaten mit der Zivilgesellschaft am Steuer

Auf seiner Plenartagung im Mai legte der EWSA Empfehlungen zu der Frage vor, wie die Handels-, Hilfs- und Entwicklungsmechanismen der EU umgestaltet werden sollten, damit die aktuellen und künftigen Herausforderungen in den Beziehungen zu den Staaten Afrikas, des karibischen und des pazifischen Raums (AKP-Staaten) wirksamer bewältigt werden können. Diese Empfehlungen werden in das neue Regelwerk, das an die Stelle des Partnerschaftsabkommens von Cotonou treten wird, das 2020 ausläuft.

Im Hinblick auf eine wirksame Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und bessere Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger sowohl der AKP-Staaten als auch der EU plädiert der EWSA für einen neuen Rahmen, in dem die Bedeutung einer Einbindung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsprozess anerkannt wird. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Rolle der Zivilgesellschaft auch auf die Überwachung und Bewertung der Auswirkungen der Umsetzung des künftigen Abkommens ausgeweitet werden sollte, wofür die Zivilgesellschaft die notwendige finanzielle Unterstützung erhalten muss.

In der Debatte im EWSA mit Joseph Chilengi, dem Präsidenten des ECOSOCC der Afrikanischen Union, und EU-Kommissar Neven Mimica ging es um die Priorität der AKP-Staaten für die EU und um den notwendigen Paradigmenwechsel von Verhandlungen zum Dialog angesichts gemeinsamer Herausforderungen in der EU und den AKP-Staaten. (mm)

Der EWSA entwirft Strategie für eine bessere EU-Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) der EU bedarf dringend einer Überarbeitung, um zu einem wirksamen Instrument der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zu werden. Die ENP wurde 2004 eingeführt, um die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den südlichen und östlichen Nachbarn der EU aufbauend auf den gemeinsamen Interessen und Werten zu stärken, aber das hierfür gewählte Einheitskonzept war nicht auf das gegenwaertige Auseinanderdriftne in diesen beiden Regionen ausgerichtet und bot auch keine geeigneten Lösungsansätze für diese Entwicklung.

In seiner auf der Plenartagung im Mai verabschiedeten Stellungnahme zu dem Kommissionsvorschlag für eine Überprüfung der ENP fordert der EWSA einen pro-aktiveren, dynamischeren Ansatz, bei dem der Schwerpunkt auf die regionale Stabilisierung und die Intensivierung des sozialen und des zivilen Dialogs gelegt werden sollte. *„Die EU sieht sich sowohl in der südlichen als auch in der östlichen Nachbarschaft mit störenden und manchmal sogar dramatischen Entwicklungen konfrontiert. Ein Mangel an Visionen ist jedoch nicht hilfreich, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Wir schlagen für die Europäische Nachbarschaftspolitik eine neue, gewagte, dynamische Agenda vor, einschließlich der Aussicht auf einen EU-Beitritt für jene Partnerländer, die dieses Ziel verfolgen und willens und in der Lage sind, die Anforderungen zu erfüllen*“, so der EWSA-Berichterstatter Andrzej Adamczyk. (mm)

Hoffnung für Europa! Kultur, Städte und neue Konzepte:

Kultur als vierte Säule nachhaltiger Entwicklung

Luca Jahier, Präsident der Gruppe Verschiedene Interessen, bei der EWSA Panel Diskussion

Gruppe Verschiedene Interessen

Die Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA veranstaltete am 20./-21. Juni eine Konferenz mit dem Titel: „***Hoffnung für Europa! Kultur Städte und neue Konzepte***“, die in Partnerschaft mit dem Brüsseler Kulturzentrum Bozar und dem Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments organisiert wurde.

Auf der Konferenz mit über 200 Teilnehmern wurde das enorme Potenzial von Kultur als verbindendes und mobilisierendes Element in Europa hervorgehoben. In einer Zeit unvermindert ansteigenden Extremismus, in einer Zeit, in der unsere Bürger ihre gemeinsame Identität seit 1945 mehr denn je in Frage stellen, ist der Augenblick gekommen, Kultur und Kulturpolitik in den Mittelpunkt der politischen Agenda Europas zu stellen, in Kultur zu investieren und die Vielzahl von Akteuren im Kulturbereich zu unterstützen. Jetzt ist es an der Zeit, Kultur als ein Mittel der *Soft Power* in den Außenbeziehungen der EU einzusetzen und Kultur als viertes Element einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern.

In diesem Zusammenhang war von der Gruppe Verschiedene Interessen eine auf dieser Konferenz vorgestellte Studie in Auftrag gegeben worden. Im Zentrum dieser Studie stehen folgende Fragen: Kann uns Kultur bei der Überwindung der die EU derzeit heimsuchenden System-, Politik- und Identitätskrisen helfen? Welche Rolle können Kultur und Städte bei der Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts, der Teilnahme an einem Dialog und der Stärkung des Vertrauens in unseren komplexen Gesellschaften spielen? Kann Kultur Europa Hoffnung, neue Konzepte und eine zweite Renaissance bringen?

Wie der Vorsitzende der Gruppe Verschiedene Interessen, Luca Jahier, zusammenfasste, brauchen wir ein neues und starkes Konzept für Europa, mit dem sich unsere Zukunft neu gestalten lässt. Kultur kann dabei behilflich sein, das Vertrauen aufzubauen, das wir für unsere Zukunft, für nachhaltige Entwicklung und Fortschritt auf unserem Kontinent und für ein Konzept, dass uns alle überzeugt und anleitet, benötigen! (cl)

Diskussionsforum EU-China schließt mit einer gemeinsamen Erklärung zu Innovation, ländlicher Entwicklung, „One Belt, One Road“ und Investitionen

In der 14. Sitzung des Diskussionsforums EU-China, die am 18./19. Mai im EWSA stattfand, wurde anerkannt, dass die Ziele der Strategie Europa 2020 und der 13. Fünfjahresplan Chinas miteinander vereinbar sind. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Entwicklungsstrategie „One Belt, One Road“ (Neue Seidenstraße) für alle Beteiligten, einschließlich der Zivilgesellschaft, konkreter und verständlicher werden muss. Weitere Schwerpunkte der Sitzung waren Innovation und wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum sowie Infrastruktur, Investitionen und die Einrichtung der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB).

Laut EWSA-Präsident Georges Dassis wurden die Beziehungen zwischen den beiden Regionen ausgebaut und weiterentwickelt, was auch für die Beziehungen zwischen dem EWSA und dem chinesischen Wirtschafts- und Sozialrat gelte. *„Unsere wechselseitigen Erfahrungen tragen zu einer faktenbasierten und ausgewogenen Entwicklung der Gesamtbeziehung bei*“, so Dassis.

Chinas Botschafterin Yang Yanyi erklärte hierzu: *„Die Maßnahmen beider Gesellschaften zur Reform und Entwicklung unserer Volkswirtschaften gehen Hand in Hand. Wir begrüßen daher die von beiden Seiten heute unternommenen Anstrengungen, das Fachwissen über diese wichtigen Themen zu bündeln“.*

„Die Organisationen der Zivilgesellschaft leisten einen Beitrag zur Verwirklichung der strategischen Agenda 2020 für die Zusammenarbeit zwischen der EU und China, zur Legitimität der öffentlichen Institutionen und damit zu einer besseren Rechtsetzung“, fügte Gunnar Wiegand, für Asien zuständiger Exekutivdirektor im EAD, hinzu. (mm)

Förderung von Innovation und Industrie in Europa

Gruppe Arbeitgeber

Geschäftswelt, Industrie und Wissenschaft – engere Bande kommen allen zugute, und es gibt eine ganze Reihe innovationsfördernder Faktoren: Zu diesem Fazit gelangten die Teilnehmer des Seminars Driving innovation and industry in Europe, das am 16. Juni in Cambridge stattfand. Vertreter der Wissenschaft und innovativer Spitzentechnologie-Unternehmen versuchten, die zur Förderung der Innovation in der EU nötigen Faktoren zu ermitteln.

Die Förderung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im Bildungswesen sei für die Stimulierung von Innovation sehr wichtig, weil es einen chronischen Mangel an gut ausgebildeten, hochqualifizierten Ingenieuren auf dem Arbeitsmarkt der EU gebe. Es wurde auch auf eine mangelnde Kultur für den Umgang mit Misserfolgen als einem weiteren Hemmnis für Innovation in Europa hingewiesen. Beklagt wurde auch eine überbordende Bürokratie, insbesondere bei der Beantragung von EU-Mitteln für Forschung.

„Die Wahl fiel auf Cambridge als Veranstaltungsort, weil es hier ein solches Maß an Spitzenforschung und erstklassiger Bildung gibt, was Cambridge zu einem Exzellenzzentrum von europäischem Rang, ja sogar von Weltrang macht“, so Brenda King, britisches Mitglied der Gruppe Arbeitgeber.

Das Seminar wurde von der Gruppe Arbeitgeber des EWSA in Zusammenarbeit mit dem Cambridge Network organisiert und bot Gelegenheit zu Studienbesuchen in innovativen Wissenschaftsparks in Cambridge. (lj)

Eine EU, die für die Arbeitnehmer arbeitet und funktioniert: Unsere Alternative zu Europaskepsis und Nationalismus

Gruppe Arbeitnehmer

Am 31. Mai 2016 hielt die Gruppe Arbeitnehmer im niederländischen Wirtschafts- und Sozialrat (SER) in Den Haag eine außerordentliche Sitzung ab. Diese Gelegenheit wurde u. a. für eine Bilanz des niederländischen EU-Ratsvorsitzes genutzt, der sich seinem Ende nähert.

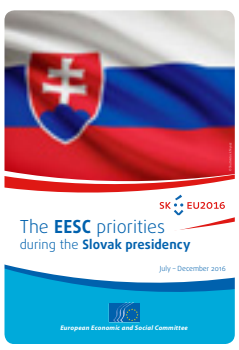
Nach einleitenden Worten der SER-Vorsitzenden, Mariëtte Hamer, und der Vorsitzenden der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA, Gabriele Bischoff, wurde insbesondere die künftige europäische Säule sozialer Rechte erörtert – eine Initiative, zu der die Europäische Kommission vor kurzem eine öffentliche Konsultation eingeleitet hat. Die Gewerkschaften sehen in dieser Initiative einen entscheidenden Faktor für die Entwicklung der Europäischen Union angesichts einer zunehmend ablehnenden Haltung gegenüber der EU, durch die ihre Existenz ernsthaft infrage gestellt wird.

Im Mittelpunkt der Nachmittagssitzung stand die Gefahr von zunehmender Europaskepsis und aufkommendem Nationalismus; die Auswirkungen dieser Tendenzen hatten die Niederlande während des niederländischen Referendums über das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU selbst zu spüren bekommen. Journalisten, Gewerkschaftsmitglieder und Wissenschaftler aus verschiedenen EU-Ländern erörterten die Auswirkungen dieser Phänomene – die den sozialen *Besitzstand* auf nationaler und europäischer Ebene ernsthaft gefährden – auf die Rechte der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer. Diese Auswirkungen sind bereits in mehreren Ländern spürbar, auch im Vereinigten Königreich, wo die Regierung äußerst gewerkschaftsfeindliche Gesetze voranzutreiben versucht.

Zum Abschluss der Sitzung betonte Gabriele Bischoff, dass sich Europa den Arbeitnehmern und den Bürgern als positives Projekt präsentieren müsse, und rief die Gewerkschaften dazu auf, sich um diejenigen Arbeitnehmer zu kümmern, die sich an den Rand gedrängt und von den großen Parteien vernachlässigt fühlten. (mg)

EINE NEUE BROSCHÜRE

Die Prioritäten des EWSA während des slowakischen EU-Ratsvorsitzes



Am 1. Juli wird die Slowakei erstmals seit ihrem Beitritt den Ratsvorsitz der EU übernehmen. Die zu diesem Anlass erschienene EWSA-Broschüre enthält eine Darstellung der Prioritäten des slowakischen Ratsvorsitzes, der europäischen Zivilgesellschaft, der slowakischen Mitglieder und des EWSA sowie einige grundlegende Fakten zur Slowakei.

Die 16-seitige Broschüre (auf DE, EN, FR und SK) kann unter folgendem Link abgerufen werden: http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.fr.publications.39747 (cg)

Migration, eine Geschichte aus zwei Welten

Luca Jahier, Präsident der Gruppe Verschiedene Interessen, beim Deutsche Welle Global Media Forum (GMF) in Bonn

Der EWSA beim Global Media Forum der Deutschen Welle in Bonn

Am 15. Juni veranstaltete der EWSA eine Podiumsdiskussion zum Thema „Migration, eine Geschichte aus zwei Welten" beim Global Media Forum der Deutschen Welle, moderiert von **Michael Meyer**, ehemaliger Kommunikationsdirektor für Ban Ki-moon. Zwei Flüchtlinge, **Prince Wale Soniyiki** aus Nigeria und **Suhrab Balkhi** aus Afghanistan, erzählten in bewegenden Worten die Geschichte ihrer Flucht und beschrieben die Feindseligkeiten, mit denen sie in ihrem jeweiligen Gastland konfrontiert waren. **Mona Hemmer** berichtete, wie es ihr Dorf schaffte, 100 irakische und afghanische Flüchtlinge aufzunehmen, und dass dies eine bereichernde Erfahrung war - trotz aller anfänglichen Zweifel und Widerstände.

Alexandra Föderl-Schmid, Chefredakteurin der österreichischen Zeitung „Der Standard", betonte, dass es für Journalisten wichtig sei, eine professionelle Distanz in Berichten über Migrationsfragen zu wahren. *„Wir müssen über solche Geschichten wie die von Prince und Suhrab berichten, wir müssen uns aber auch mit den möglichen negativen Folgen der Migration auseinandersetzen."*

Luca Jahier, Vorsitzender der Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA, unterstrich, dass *„es die Zivilgesellschaft ist, die Europa's menschliches Gesicht in der Migrationskrise gerettet hat"*. Der EWSA möchte den wachsenden Befürchtungen in Europa mit praktischen Vorschlägen für die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten begegnen, die auf elf Informationsreisen in EU-Mitgliedstaaten und die Türkei beruhen. Zusätzlich zu dieser Podiumsdiskussion sprach der Vizepräsident des EWSA Gonçalo Lobo Xavier auf der Plenartagung über *die Umsetzung der universellen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und die Rolle der Wirtschaft*. (sma)

Präsident Georges Dassis trifft Staatspräsident Hollande mit der Forderung nach einem stärkeren Europa

EWSA Präsident Georges Dassis begab sich am 10. Juni auf Einladung des französischen Staatspräsidenten in den Elysée-Palast. Zusammen mit neun weiteren Mitunterzeichnern - Lionel Baier, Mercedes Bresso, Daniel Cohn-Bendit, Guillaume Klossa, Maria João Rodrigues, Roberto Saviano, Gesine Schwan, and Guy Verhofstadt - und dem EWSA-Mitglied Philippe de Buck (Gruppe Arbeitgeber) vertrat er den am 9. Mai lancierten Aufruf zu einer Renaissance für Europa.

©présidence de la République-J.Bonet

„Ich baue fest auf die Unterstützung von Präsident Hollande, um diese Vorschläge voranzubringen, und ich freue mich über seine Einladung, die den Beginn umfassenderer Überlegungen und Aktionen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs bedeutet", so Georges Dassis. *„Die Botschaft des Aufrufs ist unmissverständlich: Das allgemeine Interesse ist mehr als nur die Summe der nationalen Partikularinteressen. Das ist meine Überzeugung, die Überzeugung eines engagierten Europäers, der sich für eine immer stärkere Annäherung zwischen den Bürgern der Union einsetzt. Gemeinsam werden wir dank unserer Vielfalt eine Zukunft in Frieden und Wohlstand aufbauen"*. (cad)

Tag der offenen Tür der EU-Institutionen 2016

Wie die anderen EU-Institutionen hat auch der EWSA am 28. Mai seine Türen dem Publikum geöffnet. Zwanzig EWSA-Mitglieder und 75 Bedienstete haben 2 424 Besucher begrüßt, die sich mit den Mitgliedern des EWSA austauschen und die zahlreichen gebotenen Familienaktivitäten nutzen konnten. Das Motto lautete in diesem Jahr: „**In Vielfalt geeint**".

Die Besucher konnten über Themen abstimmen, die sie für vorrangig halten. In erster Linie interessierten sie sich für die **Migrationskrise** (insbesondere **für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, die Unterstützung der Flüchtlinge in an Konfliktgebiete angrenzenden Ländern, die Konzipierung von Maßnahmen für die Integration mittels allgemeiner und beruflicher Bildung**) und die **Energie** (insbesondere für die **Einführung eines CO_2-armen Energiesystems**).

Darüber hinaus konnten die Besucher mit dem „Glücksrad" an dem der Wirtschaft gewidmeten Stand ihr Wissen über den EWSA und die EU und ihre Finanzkenntnisse unter Beweis stellen. Im Bereich Umwelt wurde mit vor Ort aktiven Akteuren, die die Fragen der Besucher beantworteten, das Problem der geplanten Obsoleszenz erörtert.

Darüber hinaus nahmen die EWSA-Mitglieder an mehreren Veranstaltungen teil, die im Mai anlässlich des Europatags in anderen europäischen Städten – **Paris, Budapest, Prag, Genua und Luxemburg** – organisiert wurden, um ihre Arbeit den EU-Bürgern näher zu bringen. (dm)

EWSA und Zivilgesellschaft: Europas Brücke zur (landwirtschaftlichen) Basis

Der für Kommunikation zuständige EWSA-Vizepräsident Gonçalo Lobo Xavier besuchte am 11. Juni 2016 die jährliche Landwirtschaftsmesse im portugiesischen Santarém und nahm an der Podiumsdiskussion zum Thema *Die Bedeutung der Zivilgesellschaft in Europa* teil, die von Luis Mira, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber, João Dias da Silva, Mitglied der Gruppe Arbeitnehmer, sowie der portugiesischen Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten Margarida Marques veranstaltet wurde.

Die Redner sprachen vor einer Vielzahl portugiesischer Landwirte und Vertreter lokaler Gebietskörperschaften darüber, welchen Einfluss ihre Arbeiten im EWSA auf die Organisationen und Gewerkschaften in Portugal haben.

Gonçalo Lobo Xavier fasste die Rolle des EWSA zusammen und erläuterte laufende Initiativen sowie die Bemühungen zur Stärkung der Rolle der organisierten Zivilgesellschaft in Europa.

Margarida Marques betonte die Bedeutung, die die portugiesische Regierung dem EWSA beimesse, und schlug eine Reihe von Initiativen zur Stärkung der Zusammenarbeit vor. Insbesondere könnten Treffen auf nationaler und EU-Ebene abgehalten werden, um der Zivilgesellschaft Gehör zu verschaffen und das Profil des EWSA in der portugiesischen Öffentlichkeit zu schärfen. (mr)

Entdecken Sie den EWSA mit dem Spiel „R EU Ready?"

Der EWSA hat ein Lernspiel *„R EU Ready?"* entwickelt, mit dem junge Menschen in die Rolle eines EWSA-Mitglieds in Brüssel schlüpfen können.

Mit dem Spiel sollen die EU – und damit der EWSA – den Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht werden, indem sie auf spielerische Weise etwas über die EU und die Stellung des EWSA lernen.

Dieses Spiel ist in allen Sprachen der EU auf der eigens hierfür eingerichteten

Facebook-Seite (R EU Ready) sowie im Internetportal des EWSA (Web Version) verfügbar und kann auch über Apple Store und Google Play heruntergeladen werden.

Weitere Informationen finden Sie in unserem Faltblatt R EU Ready? | Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (jp)

Gemeinsame Sitzung der Gruppe Kommunikation und der Ansprechpartner für Kommunikation in Porto

Auf Einladung des Bürgermeisters von Porto, Rui Moreira, fand am 2./3. Juni 2016 eine gemeinsame Sitzung der Gruppe Kommunikation des EWSA und der Ansprechpartner für Kommunikation unter Leitung von EWSA-Vizepräsident Gonçalo Lobo Xavier statt.

Das Treffen begann mit einer Präsentation von José Manuel Fernandes, einem Journalisten der portugiesischen Zeitung „Observador", zum Thema *Medien in Portugal*; anschließend folgten Redebeiträge von João Tàtá, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Portugal, über die *Kommunikationsstrategie der Kommission*, und von Luis Planas, Generalsekretär des EWSA, über die politischen Prioritäten

des EWSA-Sekretariats. Auf der Tagesordnung stand außerdem eine Podiumsdiskussion über die Rolle der Ansprechpartner für Kommunikation, in deren Verlauf die EWSA-Mitglieder bewährte Verfahren vorstellten.

Als Ergebnis der Zusammenkunft wurden die Prioritäten im Bereich Kommunikation neu festgelegt, wobei der Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitsarbeit für die Politikbereiche anstatt für die Organisation selbst und auf die Nutzung der Möglichkeiten im Rahmen von Going Local nach Maßgabe der Leitlinien verlagert wurde... (mr)

Redakteure:
Alun Jones (Chefredakteur)
Daniela Marangoni (Redakteurin)

Beiträge zu dieser Ausgabe von:
Caroline Alibert-Deprez (cad)
Cédric Cabanne (cc)
Csila Gergely (cg)
Chloé Lahousse (cl)
Daniela Marangoni (dm)
Francisco Soriano (fs)
Jonna Pedersen (jp)
Leszek Jarosz (lj)
Margarita Gavanas (mg)
Margarida Reis (mr)
Milen Minchev (mm)
Siana Glouharova (sg)
Silvia M. Aumair (sma)

Gesamtkoordinierung:
Agata Berdys (ab)

Redaktionsschluss:
1. Juli 2016

Anschrift:
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building, 99 Rue Belliard,
B-1040 Brüssel, Belgien
Tel. (+32 2) 546.94.76
Fax (+32 2) 546.97.64
E-mail: eescinfo@eesc.europa.eu
Internet: http://www.eesc.europa.eu/

***EWSA info* in 23 Sprachen: http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info**

Juli 2016 / 6

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses.
Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.
EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:
URL: http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info
EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.
Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.
Auflage: 5 800 Exemplare
Nächste Ausgabe: September 2016
GEDRUCKT AUF 100 % RECYCLINGPAPIER

Amt für Veröffentlichungen